

# FK Bildung SP St. Gallen



Herr  
Stefan Kölliker  
Regierungsrat  
Departementsvorsteher BLD  
Davidstrasse 31  
9001 St.Gallen

St.Gallen, September 2021

## **Vernehmlassung:**

### **«Strategische Immobilienbedarfsplanung für die Sekundarstufe II Und VII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung»**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Kölliker

Mit dem Schreiben vom 2. September 2021 laden Sie uns ein zur Vernehmlassung (VL) «Strategische Immobilienbedarfsplanung für die Sekundarstufe II & VII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung».

Für die Möglichkeit einer Stellungnahme bedanken wir uns. Wir geben auch der Hoffnung Ausdruck, dass unsere Überlegungen und Anliegen in der Botschaft und Entwurf der Regierung in angemessener Form berücksichtigt werden.

#### **1. Allgemeine Bemerkungen**

Die Vernehmlassungsfrist (bis 3. Oktober 2021) erachten wir in Bezug auf die Aktualität und daraus mögliche Fehlentwicklungen als unzureichend. Solch entscheidende Neuerungen brauchen Zeit. Eine Vernehmlassungsantwort wird nicht von einer Person geschrieben, sondern durchläuft bis zur Endfassung in einem Gremium verschiedene Stufen. Ausdrücke in der vorliegenden Bericht wie zum Beispiel «verkürzte Bearbeitungszeit», «der geraffte Zeitplan und die beschränkten Ressourcen» zeigen uns, dass auch den Mitarbeitenden dieses Berichtes die Zeit für eine fundierte Faktenlage fehlen.

Auf dem Hintergrund dieser Beispiele haben wir den Verdacht, dass der voreilige Entscheid der Regierung vom 20.10.2020 zu der strategischen Immobilienbedarfsplanung möglichst schnell beraten werden muss, ohne auf die Vollständigkeit des Berichtes zu achten. Leider geht eine solche Haltung zu Lasten der Qualität eines Berichtes. Die Wichtigkeit der Vorlage verlangt solide und umfassende Abklärungen.

#### **2. Erhebung von Zahlen und Fakten**

Um eine aussagekräftige und zielgerichtete Strategie für die Immobilienbedarfsplanung zu entwickeln, sind verschiedene Erhebungen von Zahlen erforderlich, so zum Beispiel die Zahl der Schülerinnen und Schüler als Ist-Zustand und die Erwartung von Schülerinnen- und Schülerzahlen, Bestand des Raumangebotes und eine Planung des Raumangebotes bei den verschiedensten Optionen von Verschiebungen und Neuorientierungen von möglichen Standorten in der Berufsbildung, die demographische Entwicklung usw. Es würde den Rahmen einer Vernehmlassung überschreiten, die einzelnen Erhebungen zu kommentieren.

Hier aber vier Bemerkungen und eine Feststellung:

- Die Berufsschulen Herisau und Ziegelbrücke sowie die Landwirtschaftliche Schule Salez («Werte zur Ausnützung werden nicht berücksichtigt») fehlen im Bericht. Gibt es Auszubildende in der Berufsbildung, die den Berufskundeunterricht in Herisau oder Ziegelbrücke besuchen? Im vorliegenden Bericht fehlen die konkreten Zahlen. Ebenfalls fehlen die Zahlen, wieviele Auszubildende aus dem Kanton St.Gallen in Nachbarkantonen den Berufsunterricht besuchen; zB. aus dem Sarganserland oder dem Wahlkreis See-Gaster in der Berufsschule Ziegelbrücke. Aus diesem Bericht ist auch nicht ersichtlich, wieviele Schülerinnen & Schüler aus unserem Kanton die Kantonschule Trogen besuchen.
- Die demographische Entwicklung wird uns in Zukunft intensiver beschäftigen. Durch die Babyboomerjahrgänge werden die Zahlen der Jugendlichen in den Mittelschulen und in der Berufsausbildung steigen, man rechnet bis zu 20%. Dies wird sich auch Auswirkungen auf die Anzahl in der Berufsausbildung haben.
- Im vorliegenden Bericht sind und werden die Folgen und Auswirkungen der IT Bildungsoffensive (ITBO) aufgezeigt. Nach unseren Einschätzungen können wir zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Thematik keine Prognosen treffen. Der Entwicklung in der Informatik sind eigentlich keine Grenzen gesetzt. Die Corona-Pandemie zeigt dies deutlich, dass exogene Faktoren die Entwicklung rascher vorantreiben als Prognosen. Ebenfalls sind die neuen Lernformen, ebenfalls im Zusammenhang mit den ITBO zu wenig berücksichtigt, dies auch mit dem Hintergrund, weil die Grundlagen zur Zeit erarbeitet werden. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass sich in Zukunft erheblich verändern werden. Die Berufsfelder, dies ist auch aus dem Bericht ersichtlich, werden sich auf Grund der Entwicklung verändern. Die Bildung befindet sich im Wandel und dieser Tatsache muss entsprochen werden. Dass durch die Veränderungen der Berufsfelder und den Einfluss der Digitalisierung auf Lehren und Lernen die gesamte Sekundarstufe II betreffen, liegt auf der Hand. Für die Mittelschulen fallen die absehbaren Veränderungen eher in kleinem Rahmen aus.
- In den Raumerhebungen und in der Raumauslastungen fehlen die Sportstätten und deren Benutzung.
- Grösser scheinen die Herausforderungen in der Berufsbildung zu sein. Hier sieht der Bericht doch einige Anpassungen vor und die Auslegeordnung zu den verschiedenen Optionen zeigt, dass grosse Veränderungen möglich sind, die Regierung es jedoch vorzieht, in kleinen Schritten auf diese grossen Veränderungen hinzuwirken.

Im Kanton Zürich hat der SNI (Schüler-Niveau-Index) einen entscheidenden Einfluss auf die Klassengrösse. Es wird also von den Bildungsverantwortlichen eine Unterscheidung vollzogen, welche Berufsgruppe unterrichtet wird. Dies ist im Kanton St.Gallen nur marginal zu spüren. Der SNI muss bei der Klassenzusammensetzung eine Rolle spielen und transparent sein.

### **3. Berufsverbände:**

In der Berufsausbildung spielen die Berufsverbände eine entscheidende Rolle. Die Berufsverbände vertreten nicht nur die lokalen Interessen, sondern vor allem ihren Berufsstand. In den überbetrieblichen Kursen (ÜK) werden die Auszubildenden berufsspezifisch auf das Berufsleben vorbereitet. Die Berufsverbände investieren nicht nur entsprechendes Fachwissen, sondern auch erhebliche Finanzmittel in die ÜK. Dies widerspiegelt sich vor allem in der Infrastruktur und in Bauten. Im vorliegenden Bericht «Strategie für die Immobilienbedarfsplanung» fehlen die Berufsverbände und ihre möglich geplanten Bauten. Wir gehen davon aus, dass die verschiedenen Berufsverbände ebenfalls Interesse an einer Strategie zur Immobilienbedarfsplanung haben. Da spielt der Standort einer Berufsgruppe mit dem Schulort und der Infrastruktur der Berufsgruppe eine nicht unerhebliche Rolle.

#### 4. Anpassungen in der strategischen Immobilienbedarfsplanung

- Mensa: Im vorliegenden Bericht des BLD wird auf die Mensen vor allem bei den Mittelschulen hingewiesen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass möglicherweise Mensen geschlossen werden. Wir stellen die Forderung auf, dass die Mensen erhalten bleiben und gesunde und kostengünstige Mahlzeiten den Schülerinnen und Schülern angeboten werden. Die Mensen haben auch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung im Kontext der Sozialisation. Die Sozialkomponente darf auch ein Preisschild haben, nicht nur die Rentabilität eines Restaurants!
- In den strategischen Zielen wird bei der regionalen Verteilung auf die Fahr- und Wegzeiten hingewiesen. Uns erscheinen die Fahr- und Wegzeiten von 90 Minuten für Berufsfachschülerinnen und Berufsfachschüler vom Wohn- zum Schulort zu lang. So sind die Angebote gleichmässig auf alle Bildungsstandorte zu verteilen.
- Es zeichnet sich ab, dass die Bildung von Kompetenzzentren mittel- bis langfristig den zu begehenden Weg darstellt, gerade für grössere Berufsfelder mit komplexen und vielseitigen Ausbildungen. So könnte die Flexibilität (Klassenwechsel, Fachlehrpersonen, Raumbedarf Normalunterrichtszimmer und Praxisräume, überbetriebliche Kurse, Weiterbildung) innerhalb des Schulstandortes gewährleistet werden (und voraussichtlich auch Geld gespart werden)
- Diverse kleine Berufsgruppen – Steinmetz / Chemielaboranten – auch eher schwierig einem Berufsfeld zuzuordnen

#### 5. Zu den angestrebten Optionen

Die Regierung wählt mit der favorisierten Option 3 einen Mittelweg, um die regionalen Interessen in den langfristigen Prozess miteinzubeziehen und auf Schulschliessungen zu verzichten. Die Drohung liegt aber im Raum, wenn die Option 3 nicht umgesetzt werden kann, Schulen zu schliessen.

Es zeichnet sich ab, dass die Bildung von Kompetenzzentren mittel- bis langfristig den zu begehenden Weg darstellt, gerade für grössere Berufsfelder mit komplexen und vielseitigen Ausbildungen. So könnte die Flexibilität (Klassenwechsel, Fachlehrpersonen, Raumbedarf (Normalunterrichtszimmer und Praxisräume), überbetriebliche Kurse, Weiterbildung) innerhalb des Schulstandortes gewährleistet werden. Dieser Weg zeigt auch Synergien auf und führt zu Bündelung von Ressourcen.

#### 6. Nutzung von Synergien

An einem Beispiel möchten wir anregen, dass das zuständige Department innerhalb einer Berufsgruppe auch Synergien prüfen soll. Diese fehlen im vorliegenden Bericht.

Es geht um die Ausbildung der gestalterischen Berufe an der GBS in St.Gallen. Synergien mit andern Ausbildungsstätten wie zB. der Ostschweizer Fachhochschule Ost sowie mit einem andern gemeinsamen/andern/neuen Standort sind zu prüfen. Dies auch mit dem Hintergrund, dass die «Strategie für die Immobilienbedarfsplanung» eine neue Ausrichtung für die Zukunft darstellen soll und diesbezüglich Chancen nicht verpasst werden dürfen.

Der Raumbedarf wird innerhalb der Berufsbildung abgebildet (horizontale Ebene), der Raumbedarf auf der vertikalen Ebene zum Beispiel mit FH Ost und der PHSG fehlen in jeder Beziehung. Wir denken vor allem an spezialisierte Räume mit einer hohen Frequenz oder finanziell aufwändigen Raumausstattung wie Mensen, Labors oder Räume für die Informatik.

## 7. Forderungen

Wir fordern klare Nachbesserung für die zu erwartende Botschaft der Regierung in folgenden Punkten:

1. Schüler- und Schülerinnenzahlen sind genauer aufzeigen.
2. Die möglichen Folgen bei strukturellen Veränderungen sind unzureichend abgebildet und müssen ausgewiesen werden; zB die Standorte der Rektoren, Rektorenstellen, Kosten der Umstrukturierung, Neuschaffung von berufsfeldbezogener Infrastruktur, Umsatzeinbussen im Weiterbildungswesen
3. Nachbarschulen (Herisau und Ziegelbrücke) werden durch die Nichtberücksichtigung klar benachteiligt.
4. Ausarbeitung echter und vergleichbarer Optionen im speziellen Option 2 und die Option 3.1 incl. der Kostenfaktoren.
5. Im Bericht fehlt folgende Antwort zur Frage: Wählten die im Bericht erwähnten Nachbarkantone Option 2 oder Option 3?
6. Einbinden der bestehenden Weiterbildungsangebote Kollateralschäden bei möglichen Schliessungen werden nicht berücksichtigt.
7. Einbindung der Berufsverbände in die «Strategie für die Immobilienbedarfsplanung»
8. Zu den Erfahrungen mit Campuslösungen (Synergien) werden im Bericht zu wenig gewichtet und sollen in der künftigen Botschaft und im Entwurf der Regierung stärker gewichtet werden.
9. Aus dem Bericht geht nicht hervor, wieviele Bauten sich zurzeit in der Realisierung befinden.
10. Wir erwarten, dass allfällig notwendig werdende Berufsfeld-Neuzuweisungen an andere Schulstandorte detailliert in die Berechnung der Raumauslastung aufgenommen werden. Geplante Schulneu- oder Erweiterungsbauten sind dabei zu berücksichtigen.

In dieser Immobilienbedarfsplanung werden die Weichen der Bildung auf der Stufe Sek II für die Zukunft gestellt. Auch aus diesem Grunde erwarten wir eine seriöse Bestandesaufnahme und Optionen der Entwicklung, welche unserem Ringkanton angepasst sind. Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Fachkommission Bildung der SP St.Gallen